

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 5

Artikel: Die Lage im Gefolge des Golfkrieges und angesichts der sowjetischen Frage

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-714010>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Lage im Gefolge des Golfkrieges und angesichts der sowjetischen Frage

Von Oberst i Gst Dominique Brunner, Zürich

Die Versuchung ist gross, die Behandlung der jetzigen militärstrategischen Lage zum Anlass zu nehmen, die Lauge beissenden Spottes über manche Zeitgenossen auszugliessen! Der tiefere Grund für das Auftreten dieser Versuchung liegt primär in zweierlei. Einmal im nachgerade genug beschworenen Umbruch, der sich in der politischen und in der strategischen Lage in Europa 1989 und 1990 vollzogen hat. Vor dem Hintergrund der ernststen Krise des russisch-sowjetischen sozialistischen Systems brach die dem westlichen Vorfeld der Sowjetunion ab 1945 aufgetroffene sozialistische Herrschaft wie ein Kartenhaus zusammen. Nicht nur erlangten die ost-mittel-europäischen Länder ihre Freiheit als Nationen zurück. Deutschland erstand neu als geeinte Nation. Die sowjetische Militärmacht, grosse Siegerin im Zweiten Weltkrieg, kündigte oder trat ihren Rückzug aus ihren vorgeschobenen Bastionen ostwärts der Elbe an. Das wäre der erste Grund. Der zweite ist die Folge kurzfristigen Denkens und liegt in der menschlichen Natur begründet. Viele zumindest neigen zu voreiligen Urteilen und erliegen ihren Hoffnungen und Sehnsüchten, das heisst, setzen sie über die Realität. Die Umstände waren der Entstehung von Illusionen natürlich überaus förderlich. Nach mehr als vier Jahrzehnten weitgehender Erstarrung der Fronten in Europa vollzogen sich buchstäblich über Nacht tiefgreifende Veränderungen, die zuerst erstaunten, dann – begründete – Freude erregten und schliesslich die Vorstellung aufkommen liessen, nun sei endgültig alles anders. Und diese Vorstellung wurde von Kommentatoren und einem guten Teil der classe politique kräftig gefördert. Manche unter den Genannten wollten ja auch sofort dabei sein, den Zug ja nicht verpassen, zu denen gehören, die sogleich gemerkt hatten, dass der sogenannte Kalte Krieg vorbei war. Vorbei war auch die die Periode kennzeichnende bipolare Ordnung, welche seit 1950 die gültigen Grundlagen jeder seriösen machtpolitischen Beurteilung war. Es wäre reizvoll, die voreiligen Urteile und deren Urheber Revue passieren zu lassen. Ich begnüge mich mit generellen Feststellungen.

Verkennung der Vorgänge in der Sowjetunion

Man hat vielenorts geglaubt, die vielzitierte Perestroika werde garantiert von Erfolg gekrönt sein und das unwiderrufliche Ende einer militärisch relevanten und daher militärische Vorbereitungen rechtfertigenden bzw erfordernden Bedrohung sein. Man hat dabei ganz einfach die *«tendances lourdes»* der Geschichte übersehen, das Beharrungsvermögen des Bestehenden und einmal Gewordenen. So wurde das Gewicht massgebender Faktoren unterschätzt wie etwa der Geographie, ererbter Vorstellungen und Gefühle, also des Nationalbewusstseins wie auch national-ethnischer Eigenarten. Man hat die Problematik einer mit dem Ziel der Erhaltung oder Rettung einer bestimmten Ordnung – der sozialistischen nach bolschewistischem Verständnis – unternommenen Revolution von

oben, eben der Perestroika mit als Geburtshelferin Glasnost, weitherum verkannt. Die von Gorbatschow und den Seinen eingeleitete Revolution entglitt der Kontrolle ihrer Urheber bald. Letztes Jahr fällt ein kompetenter Amerikaner, Professor Sewerin Bialer von der Columbia University folgendes harte, durch das seitherige Geschehen wohl bestätigte Urteil: *«1989 hatte Gorbatschow die Kontrolle über alle Ereignisse in allen Sphären des Lebens der Sowjetunion verloren. Die Sowjetunion befand sich in einem Zustand sich verschärfender multidimensionaler Krise. Dass Gorbatschow und die Perestroika in Schwierigkeiten stecken, unterliegt keinem Zweifel. Aber gefährdet ist nicht nur seine Vorstellung der Reform, sondern das Schicksal des Regimes, dem er vorsteht»*. Wer das schon vor einem Jahr oder früher erkannt hatte, wurde durch die Verhärtung des Kurses der sowjetischen Zentralgewalt in den letzten Monaten nicht weiter überrascht.

Es liegt auf der Hand, dass das partielle Lockern der Daumenschrauben in einem System, das seit vielen Jahrzehnten auf Zwang, Einschüchterung und Propaganda aufbaute, jedenfalls zunächst zu weiterem Verlust an Effizienz, zur Lockerung der Disziplin, zu Unordnung und wenigstens teilweiser Anarchie führt.

Zu dem mit der Perestroika beschleunigten wirtschaftlichen Verfall der Sowjetunion gesellte sich ab etwa 1988 das Aufbegehren der Republiken und Völker des mit Gewalt geeinten Reiches, was die wirtschaftliche Krise nur verschärfen konnte. Die *«Reaktion»* – in des Wortes wahren Sinne – war denn auch voraussehbar. Das Bemerkenswerte am Phänomen war höchstens, wie sich der Schöpfer der Perestroika, jedenfalls gilt er als das, an der Macht nicht nur behaupten, sondern die ihm rechtlich zustehenden Kompetenzen ständig

Wirklichkeitsverzerrung

Die Parole: Kein Krieg für Öl! ist ein Indiz für die Wirklichkeitsverzerrung, die nur eintreten kann, wenn man die Wirklichkeit des Menschen ausblendet. In ähnlichem Stil wurde früher das die Freiheit unterminierende Lösungswort: Lieber rot als tot! in pazifistischer Einfältigkeit aus wohlstandsgesättigtem Hort der Freiheit verkündet. Inzwischen ist sogar dieses Wort entmythologisiert worden, denn wer wollte in den baltischen Staaten oder in Ländern wie Rumänien oder Albanien leben. Wer wollte auf die Dauer um des Friedens willen auf die politische Selbstbestimmung verzichten und im roten Paradies seine Existenz fristen?

Zur Wahrnehmungsverschiebung in der westlichen Welt darf man auch den Anti-Amerikanismus europäischer Feuilletonisten und anderer zählen, die die USA bei jeder sich bietenden Gelegenheit verunglimpfen. Man muss sich nur des Szenariums bewusst werden, dass Saddam Hussein sich in den Besitz von Atomwaffen gebracht hätte, um zu erkennen, dass der europäische Defaitismus, die Mutlosigkeit und das *«lieber rot als tot»* auf ein Scheinleben hinweist. Ein Herrscher vom Sendungsbewusstsein des Saddam Hussein wäre wohl skrupellos genug, einen Weltbrand zu entfachen.

Aus SFP 7/20/91

erweitern konnte. Gorbatschow verfügt nach dem geschriebenen Recht über mehr Macht als irgendein Partei- und Staatschef der Sowjetunion vor ihm – und seine formelle Macht nahm, möchte man bösartig bemerken, fast in dem Masse zu, wie seine reale Macht abnahm. Also war es quasi unvermeidlich, dass der Einfluss der bisherigen konservativen Stützen des Regimes angesichts der Krise des Regimes, des Staates und der Wirtschaft wieder wachsen musste.

Zeichen des Erstarkens der konservativen Kräfte in Moskau

Obleich die innere Entwicklung der Sowjetunion, des grössten Flächenstaates mit einer Bevölkerung von mehr als 285 Millionen Menschen, riesigen natürlichen Ressourcen, an denen natürlich unter sozialistischer Herrschaft in beängstigendem Masse Raubbau betrieben wurde, und mit einem enormen Militärpotential den westlichen Nationen so oder so nicht gleichgültig sein kann, ist es in diesem Zusammenhang gerechtfertigt, den verstärkten Einfluss der bewahrens- oder konservativen Kräfte am Beispiel der Rüstungsbegrenzung zu illustrieren.

Nach einem optimistisch stimmenden Verlauf 1989 traten bei den zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt geführten Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa 1990 bald Schwierigkeiten auf. Der noch kurz vorher auf September 1990 angesetzte Termin für den Abschluss eines Vertrages, der gleiche Obergrenzen für die Bestände beider Seiten an Kampfpanzern, Schützenpanzern, Artilleriewaffen, Kampfflugzeugen und Kampfhelikoptern festlegen würde, erschien gegen den Sommer als nicht mehr realistisch. Der Grund lag in sowjetischer Unnachgiebigkeit in verschiedener Hinsicht. Vor allem beharrten die Sowjets auf hohen Kontingenten an konventionellen Hauptwaffen pro einzelne Macht, was nur sie selber betrifft. Die Verhärtung der sowjetischen Verhandlungsposition wurde sicher zu Recht der militärischen Führung angelastet. Noch bedeutender war aber wohl die Tatsache, dass sich die Militärs besser durchzusetzen und die Politik des *«neuen Denkens»* jedenfalls teilweise rückgängig zu machen vermochten. Dies unterstrich der Rücktritt des Exponenten par excellence eben dieses *«neuen Denkens»*, des sowjetischen Aussenministers Schewardnadse, vor Ende 1990 spektakulär genug. Dabei hatte derselbe Schewardnadse, woran auch zu erinnern ist, in der Frage des aussenpolitischen Status des vereinigten Deutschland bis in den Juni 1990 hinein eine überaus konservative Position eingenommen, nämlich in wechselnden Verpackungen die Neutralisierung Deutschlands propagiert ...

Konzessionen des Westens

Wenn der Abschluss des CFE-Vertrages, wenn auch verspätet, doch noch gelang, so ganz einfach deshalb, weil die NATO bei den meisten Waffenkategorien bezüglich der zulässigen Höchstgrenzen Konzessionen

machte. Das wurde im wesentlichen Anfang Oktober bei einem Treffen zwischen dem amerikanischen Aussenminister und Schevardnadse vereinbart. Hatte die NATO seit Verhandlungsbeginn eine Obergrenze pro Paktgebiet von 16 500 Artilleriewaffen vorgesehen, so wurden nun je 20 000 zugestanden. Bei den Schützenpanzern und ähnlichen Fahrzeugen rückte man im letzten Augenblick vom Plafond von je 28 000 ab und bewilligte je 30 000. Schon vorher hatte die NATO zu einer Definition dessen, was als Kampfpanzer gelten solle, Hand geboten, die richtig gesehen grotesk ist: Gepanzerte Fahrzeuge mit Geschütz ab Gewicht von 16,5t gelten als Kampfpanzer. Dabei haben die heutigen Kampfpanzer ein Gewicht von mehr als 30t, die leistungsfähigsten von mehr als 50t. Was wurde mit dieser eigenartigen Definition erreicht? Dass die NATO ein paar tausend Panzer verschrotten muss, indem eigentliche Leichtpanzer mitgezählt werden. Und von dieser Kategorie haben die Sowjets nur ganz wenige alte PT-76. Doch die wohl entscheidende Konzession – und der jüngste Krieg gegen den Irak unterstreicht es – wurde vom Westen bei den Kampfflugzeugen gemacht. Ursprünglich hatte die NATO eine Obergrenze pro Paktgebiet von 5700 Maschinen aller Typen befürwortet. Anfang 1990 schlug man einen Plafond von 4700 Maschinen vor, der durch 500 reine Jäger ergänzt werden dürfte. Die Sowjets wollten nichts wissen von einer Beschränkung aller Flugzeugtypen. Sie wollten die Mehrheit ihrer Maschinen, die sie schon immer als Jäger, im Rahmen der Luftverteidigung eingesetzt, bezeichnet hatten, der Plafonierung entziehen. Schliesslich einigte man sich auf einen Bestand je Paktgebiet von 6800 Maschinen aller Typen, mit der enormen Konzession an die Sowjetunion, dass sie allein 5500 haben dürfe. Im Golfkrieg standen auf seiten der von den USA angeführten Koalition rund 1900 Kampfmaschinen während dreiundvierzig Tagen im Einsatz – und zerschlugen die irakischen Streitkräfte bei irrelevanten eigenen Verlusten. Man ersieht daraus, wozu die Sowjets mit ihren 5500 Maschinen, zu denen ihre vielen schweren Bomber kommen, befähigt sind und bleiben. Nicht ohne Ironie ist abschliessend festzustellen, dass der für die Kampfhelikopter festgelegte Höchstbestand von je 2000 über dem liegt, was zurzeit verfügbar ist, was ja heisst, dass man da weiter aufrüsten kann.

Erschwerte Durchsetzung von Abrüstungsmassnahmen

Mit dem Vorgenannten ist der Inhalt des am 19. November in Paris unterzeichneten CFE-Vertrages umrissen. Es kommen noch viele bedeutsame Details dazu, auf die später einzugehen sein wird. Gleich jetzt festzuhalten bleibt indessen, wie sich die Sowjets vor und nach Unterzeichnung des vorgenannten Vertrages tatsächlich verhalten haben, weil es den wachsenden Einfluss des militärischen Establishments bzw der konservativen Kräfte deutlich macht. Schewardnadses Rücktritt soll in direktem Zusammenhang damit gestanden haben.

Der von der NATO am 25. November 1988 publik gemachte Streitkräftevergleich kreditierte die Sowjetunion im Raum zwischen Atlantik und Ural mit einem Kampfpanzerbestand von 37 000. Kurz danach gab Gorbatschow anlässlich der UNO-Generalversammlung be-

kannt, dass die Sowjetunion 10 000 Panzer abbauen werde. 1989 wurden offenbar 5000 zurückgenommen und verschrottet oder einer «zivilen» Verwendung zugeführt, später weitere. Ob jetzt diese 10 000 Panzer als Waffen verlässlich ausgeschaltet wurden, bleibe dahingestellt. Wir nehmen jetzt an, dass das geschehen ist oder geschieht, woraus sich ergäbe, dass die Sowjetunion in dem vom Vertrag beschlagenen Raum noch 27 000 Kampfpanzer hätte. Jenseits des Uralgebirges darf sie so viele Panzer und generell Waffen besitzen, wie sie will. Und da sie insgesamt und vor Gorbatschows Ankündigung vom 7. Dezember 1988 mehr als 50 000 Kampfpanzer hatte, dürfte sie 1989 mehr als 10 000 östlich des Urals bereitgehalten haben. Gemäss dem CFE-Vertrag darf die Sowjetunion westlich des Urals 13 300 Kampfpanzer halten. Die übrigen Paktstaaten konnten sich somit in die Differenz zu 20 000 Panzern teilen, über die die östliche Seite insgesamt verfügen darf. Daraus geht hervor, dass die Sowjets unter dem CFE-Vertrag, der innerhalb von 40 Monaten, von der Ratifizierung an gerechnet, vollstreckt sein muss, die Differenz von 13 150 zu 27 000 Panzern zu beseitigen haben. Das wären fast 14 000 zu beseitigende Panzer. Nunmehr ist es aber offensichtlich, dass viele Panzer vor oder nach dem 19. November hinter den Ural verschoben wurden. Anzeichen weisen also darauf hin, dass eine enorme Panzermacht hinter dem Ural steht, zu der die legitimerweise vorwärts davon behaltene mehr als 13 000 kommen.

Solche Zahlen besagen als solche vielleicht wenig. Es empfiehlt sich also, sie mit anderen Grössen zu vergleichen. Man ermisst dann besser, wie sehr oder wenig sich die potentielle Bedrohung durch sowjetische Panzermassen verringert hat. Zu diesem Zweck sei daran erinnert, dass Deutschland die Sowjetunion am 22. Juni 1941 mit 3350 Panzern angriff und dass 1990 Irak über 5000 Panzer besass.

Notwendige Ernüchterung

Der kritische Zeitgenosse wird sich freilich nicht der Illusion hingeben, die geschilderte Krise des Sowjetsystems und der Perestroika und die bisher beobachtete Verhärtung der sowjetischen Haltung allein hätten im Westen und bei uns die Ernüchterung hervorgerufen, die beileibe not tut und auf die zu hoffen nunmehr begründet erscheint. Die Ereignisse in Litauen Anfang Jahr, wenn es nur das wäre, hätten gewissen hochfliegenden Erwartungen sicher einen Dämpfer aufgesetzt. Aber es bedurfte wohl eines anderen, im übrigen auch voraussehbaren Ereignisses, um viele, aber gar nicht etwa alle, auf den Boden der Realitäten herunterzuholen: Des Kriegs um Kuwait.

Am 2. August 1990 überfiel der Irak, der bereits im September 1980 den Iran angegriffen und so einen Krieg entfesselt hatte, der rund acht Jahre dauerte und mehr als eine Million Menschen das Leben kostete, den Nachbarstaat Kuwait, das Land mit dem, neben der Schweiz, höchsten pro Kopf-Einkommen auf der Welt. Der weitere Ablauf ist bekannt, es dürfte daher genügen, hier nur die strategisch relevanten Grundmerkmale der damit ausgelösten internationalen Krise hervorzuheben.

Der Golfkrieg

Wenn die UNO erstmals die ihr von ihren

Gründern zugeordnete Rolle voll spielen konnte, so weil die sowjetische Aussenpolitik tatsächlich geändert hatte. In allen früheren ernstesten Konflikten scheiterte die Weltorganisation am Ost-West-Gegensatz und/oder an amerikanisch-sowjetischer Grossmachtrivalität. Die mit sich selber beschäftigte Sowjetunion, die schon die Afghanistan-Expedition angesichts ihres Preises und der Belastung ihrer Aussenbeziehungen abgebrochen hatte. Sie nahm eine konstruktive Haltung ein und unterstützte die verschiedenen UNO-Resolutionen, die zunächst über den Weg einer Wirtschaftsblockade und später durch Androhung militärischer Gewalt die Wiederherstellung des Status quo anstrebten. Die USA, denen als einziger voll handlungsfähiger Supermacht die Führungsrolle in diesem Zusammenhang wohl zwangsläufig zufiel, taten alles, um erstens die Unterstützung der So-



Interview

Der Redaktor des KMV-Bulletins, Robert Meserli, stellte im Gespräch mit dem Generalstabschef (GSC) der Armee, KKdt Heinz Häsler, Fragen zur Sicherheitspolitik und zur «Armee 95». Wir veröffentlichen auszugsweise besonders aktuelle Teile aus diesem Gespräch, welches vor der Eröffnung der Kriegshandlungen am Golf stattfand. Ho

KMV-Bulletin: Ich möchte nochmals auf den «Bericht 90 des Bundesrates» zurückkommen. Darin wird unserer Armee Friedensförderung als primäre Aufgabe zugewiesen. Friedensförderung im Sinne eines nach aussen wirkenden aktiven Eingreifens kann doch keine zentrale Aufgabe unserer Armee sein?

GSC: Sie ist auch nicht als Hauptaufgabe aufgeführt. Friedensförderung ist das gleiche wie Kriegsverhinderung. Wir haben bis heute immer gesagt: «Wenn wir sicher sein wollen, müssen wir für uns schauen.» Heute lautet die Aussage etwa so: «Wenn wir sicher sein wollen, müssen wir mithelfen, dass es auch in ganz Europa sicher ist.» Und hier haben wir unseren Beitrag zu leisten. Hier kann unsere Armee viel tun. Sie kann an Aktionen humanitärer Art helfen, sie kann an Aktionen helfen, wenn es darum geht, Katastrophen zu lindern. Sie kann Beobachter in Krisengebiete entsenden, sie kann vielleicht sogar – ohne dass das jetzt beschlossen ist – bewaffnete UNO-Truppen (Blauhelme) zur Verfügung stellen usw. Das haben wir bis heute nicht getan. Und darum sind wir der Auffassung, dass «hier etwas gehen muss». Selbstverständlich muss unsere Armee auch einsatzbereit sein. Dissuasion ist auch «Friedensförderung». Aber die sogenannte «ausgreifende Komponente» muss gefördert werden.

wjetunion sicherzustellen und zweitens im Rahmen der UNO-Beschlüsse eine repräsentative und mächtige Koalition zuwegezubringen, die in der Lage sein würde, den Irak zum Nachgeben zu zwingen. Die Sowjets haben mitgemacht, sie haben aber, und wer konnte denn etwas anderes erwarten, ihre eigenen Grossmachtinteressen nie ganz in den Hintergrund geschoben. Das zeigte sich zum Beispiel, wenn der vielgerühmte Schewardnadse vor einer militärischen Lösung mit dem Hinweis auf die Gefahr eines Weltkrieges, der sich daraus ergeben könnte, warnte – eine für den Strategen lächerliche Vorstellung, solange die Sowjetunion sich nicht auf die Seite des Iraks schlug – oder, noch deutlicher, in der zweideutigen sowjetischen Friedensinitiative im Februar, also kurz vor dem Zusammenbruch des Iraks.

Nach längerer Zeit, ausgefüllt durch viele überflüssige und problematische Friedensinitiativen Berufener wie Unberufener sowie durch einen mit äusserster Gründlichkeit vorgenommenen militärischen Aufmarsch grössten Ausmasses unter amerikanischer Führung, blieb der Koalition der zivilisierten Welt keine andere Wahl, als die Drohung wahrzumachen und den imperialistischen Irak manu militari zur Raison zu bringen. Nach vierzig-tägigem intensivem und präzisiertem Luftbombardement, der, wie sich bald zeigen sollte, die irakischen Streitkräfte materiell entscheidend schwächte und, was eben vor allem zählt, moralisch erschütterte, griff die Koalition in mustergültig vorbereiteten und ausgeführten Operationen die irakische Armee in Kuwait und dem südlichen Irak an und führte den Sieg in 100 Stunden herbei.

Ignoranz der politischen Realitäten

Das Verhalten zahlreicher Kommentatoren, aus Medien wie Politik, vor und nach dem Beginn der alliierten Luftoffensive, offenbarte eine unerhörte Ignoranz des Wesens der internationalen Politik. Sie ist nun einmal Machtpolitik und potentiell und immer wieder eine real mit militärischen Mitteln ausgetragene Politik. Da wurde zunächst durch Aufbauschen der Gefahren chemischer Kriegführung Hysterie geschürt, dem Zeitgeist entsprechend eine weite Räume erfassende ökologische Katastrophe an die Wand gemalt, die irakische Armee als eine gewaltige Macht gezeichnet, die es in der Hand habe, den Krieg über lange Zeit zu führen und den Verbündeten schwerste Blutopfer abzufordern. Dann weckte man angesichts des Ausmasses der Luftoffensive Hoffnungen auf einen nur Tage dauernden Krieg, verbreitete unter dem Vorwand der ausgewogenen Berichterstattung die, als solche sofort erkennbaren Lügen der irakischen Propaganda. Man versuchte, aus der Zerstörung einer mit Zivilisten belegten militärischen Anlage eine «cause célèbre» zu machen. So wurden schlimme alliierte Verluste für den Fall des Angriffs am Boden prognostiziert. Nachdem der Bodenangriff innerhalb von wenigen Tagen die Entscheidung herbeigeführt hatte, stellte man in moralisierendem Tone die Frage, ob es denn noch nötig gewesen sei.

Gewiss, die meisten schweizerischen Blätter haben das nicht mitgemacht, und dafür gebührt ihnen Anerkennung. Und das Schweizer Fernsehen hat sich redlich bemüht. Es hätte, ohne die eitle Geschwätzigkeit der Rundschau-Moderatorin, sogar für einige

Leistungen Lob verdient. Unerträglich waren, der Stimmung im politischen Establishment dieses Landes entsprechend, die Deutschen und natürlich Radio DRS, wo notorische Kommunisten zur Kommentierung eingeladen wurden.

Realistische Einschätzung notwendig

Ist nun die vom Wunschenken bestimmte mehr oder weniger euphorische Stimmung, die noch vor einem halben Jahr dominierte, effektiv einer realistischeren Einschätzung der Dinge gewichen? Eine eindeutige Antwort kann man noch nicht erteilen. Aber die Einsichtigeren, die letztes und teils auch vorletztes Jahr durch die stürmischen Veränderungen im Osten Europas verwirrt wurden, dürften es gemerkt haben.

Was sollte man denn gemerkt haben? Einfach ausgedrückt, dass «la nature ne fait pas de sauts». Die sowjetische Politik, die seit vielen Jahrzehnten auf die Erringung militärischer Überlegenheit und die Verstärkung ihres Einflusses in sozusagen aller Welt abzielte, hat gewiss Veränderungen erfahren, beruhigende, und zwar teils aus besserer Einsicht, teils der Not gehorchend. Aber die Sowjetunion bleibt eine Grossmacht, und zwar eine bis an die Zähne bewaffnete.

Eine solche Macht ist, wenn sie eine sehr ernste Krise durchläuft, unter Umständen sehr gefährlich. Der Ausgang der sowjetischen Krise ist noch durchaus offen. Die Frage stellt

sich, ob der bereits zitierte Sewerin Bialer recht behalten wird, der 1990 die folgende Diagnose gestellt hat: «Erstens hat in der Sowjetunion eine gesteuerte Reform, Perestrojka, in eine Revolution umgeschlagen. Zweitens ist der hauptsächlich politische Prozess, der sich in der Sowjetunion vollzieht, ein Prozess der Polarisierung und der Massenmobilisierung aus Positionen links und rechts von Gorbatschow. Und drittens sind die Konvulsionen und Konflikte, die die UdSSR erschüttern, nicht einfach Übergangsstationen auf dem Weg in eine bessere Ordnung, sondern es handelt sich um Trends, die wahrscheinlich lange Zeit andauern und sich intensivieren werden.»

Die Entwicklung im Verlauf der seit der Publikation dieser Deutung vergangenen 12 Monate jedenfalls hat den zitierten Autor nicht widerlegt. Amerikanische Sachverständige neigen derzeit zur Annahme, der bedrohte Zusammenhalt der Union und die drängenden wirtschaftlichen Probleme würden in absehbarer Zukunft zu einer Verhärtung der sowjetischen Politik, zu einer «autoritären Reform» führen. In diese Richtung wiesen ja schon die Neuerungen in der Führungsstruktur der Union, die den Präsidenten mit ausserordentlichen Vollmachten ausstatteten.

Die Gewichtung potentieller Gefahren

Gleichzeitig stösst, wie dargelegt, die Verwirklichung des Europa betreffenden Abrüstungsvertrages CFE auf ernste Schwierigkeiten, während die den strategischen Nukleararsenalen der beiden Supermächte geltenden START-Verhandlungen an Ort treten. Man wird sich daran erinnern müssen, dass der START-Vertrag ursprünglich beim Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow im Juni 1990, dann noch 1990 und schliesslich im Frühjahr 1991 hätte unterzeichnet werden sollen. Und man sollte sich auch erinnern, dass das Ziel der Verhandlungen anfänglich dahin lautete, die Bestände der beiden Mächte an weitreichenden Atomwaffen um 50 Prozent abzubauen. Neuerdings ist nunmehr von 30 Prozent die Rede, und die letzten bekannten Elemente des Vertragsentwurfes besagten, dass jede Macht 1600 Einsatzmittel, Bomber und Raketen, sowie 6000 nukleare Ladungen behalten dürfte.

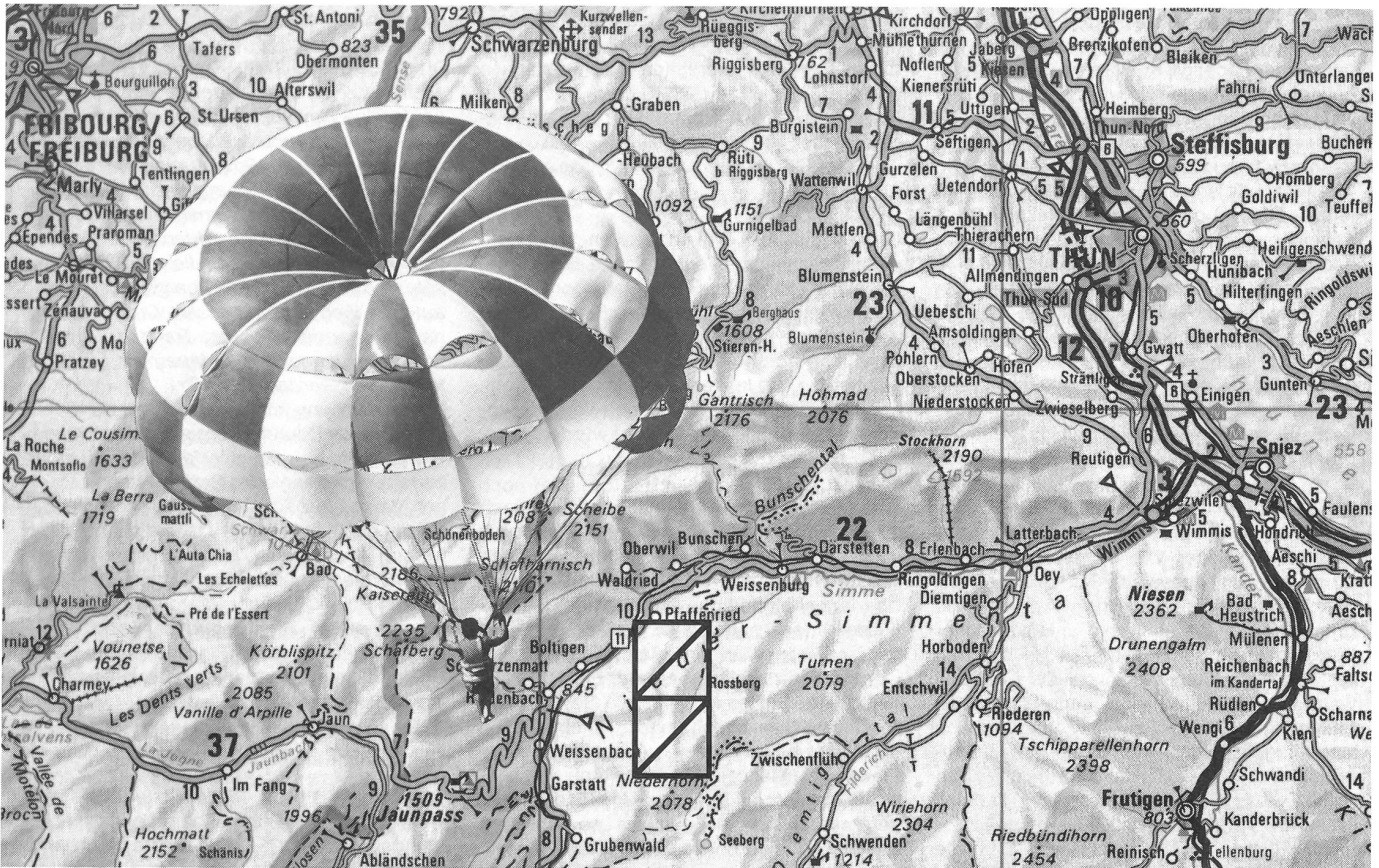
Die Sowjetunion hat ihre Rüstungstätigkeit nicht eingestellt, bei den strategischen Atomwaffen bis Ende 1990 nicht einmal erheblich gedrosselt. Und wenn sie auch weniger konventionelle Waffen produziert als bis 1988, so produziert sie immer noch neue, 1989 etwa 1700 Kampfpanzer gegenüber 725 in den USA. Die sowjetische Führung hat ihre Militärausgaben für 1989 mit 77 Milliarden Rubel und für 1990 mit 67 Milliarden beziffert, was nach übereinstimmender Expertenmeinung nicht die volle Wahrheit bedeuten kann. Es sind sowjetische Ökonomen, die noch letztes Jahr den Anteil der militärbezogenen Aktivitäten der Sowjetunion am Bruttosozialprodukt auf mehr als 20 Prozent schätzten ...

Es liegt mir fern, unbegründete, ja leichtfertige Euphorie durch Panikmacherei bekämpfen zu wollen. Es geht nur darum, auf den Boden der Realität zurückzukehren, das heisst potentielle Gefahren zu erkennen, richtig zu gewichten, was gewiss nicht leicht ist und zum Teil gar nicht gelingen kann, und überlegte Schlüsse daraus zu ziehen. Der Golfkrieg bietet einen zusätzlichen Anlass, sich so zu verhalten.

Pro + Libertate

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit – Demokratie – Menschenwürde
Postfach 42, 3000 Bern 11

Die Hauptversammlung der Schweizerischen Vereinigung Pro Libertate hat einstimmig folgende **Resolution** gefasst:
Der Golfkrieg und das Wiederaufleben von Gewaltakten der Kommunisten in Osteuropa haben schlagartig die Arglist der Zeit, in der wir auch heute noch leben, aufgedeckt. Unter diesen Umständen betrachtet es Pro Libertate als unannehmbar, die Rüstungsausgaben auf eine unterdurchschnittliche Zuwachsrate von 2 Prozent oder noch weniger zu senken. Nicht nur die weit darüberliegende Teuerung, sondern vor allem die technologische Entwicklung, erfordern viel grössere Mittel als bisher, um nur den Stand der militärischen Landesverteidigung zu halten. Der vorgesehene massive Abbau der Truppenbestände muss durch eine entsprechende Verbesserung der Rüstung ausgeglichen werden. Unter keinen Umständen dürfen die massiven Ausgabensteigerungen des Bundes auf anderen Gebieten auf Kosten der Landesverteidigung gehen. Pro Libertate fordert deshalb die Behörden auf, der internationalen Lage entsprechende zusätzliche Rüstungsanstrengungen vorzunehmen. Schon einmal, vor Ausbruch des letzten Weltkrieges, hatte die Schweiz mit veralteter Rüstung eine völlig ungenügende militärische Bereitschaft. Es wäre verantwortungslos, daraus heute keine Lehre zu ziehen.



Mit ascom sicher ins Ziel

Die Verbindung hat geklappt! Dank einwandfreier Kommunikation. Beim Lösen militärischer Aufgaben ist gegenseitige Verständigung entscheidend.

Milcom plant, entwickelt, fertigt und installiert Kommunikations- und Führungssysteme, die diesen Kontakt in jeder Situation gewährleisten.

Milcom, Ihr Ascom-Partner in den Bereichen **Kommunikation, Datenübertragung und -verarbeitung, Führung und Feuerleitung, Simulation und Ausbildung, Ortung und Identifikation**. Ein breites Angebot für Ihre hochgesteckten Ziele!

Das Know-how von Ascom Radiocom, Ascom Hasler, Ascom Zelcom und Ascom Telematic

Milcom – Ihr ascom Partner für militärische Kommunikation.

Ascom Radiocom AG
Geschäftsbereich Milcom
CH-8036 Zürich, Feldstrasse 42
Tel. 01 248 13 13
Fax 01 248 12 02
Telex 813 368 apo ch

Bemerkungen zum Krieg um Kuwait

Ich fasse die in diesem Zusammenhang bedeutsamen Merkmale des von einer Koalition von rund dreissig Nationen zur Ausschaltung der irakischen Bedrohung geführten Feldzuges wie folgt zusammen: Der Krieg war in der gegebenen, durch den Irak geschaffenen Situation ein Mittel der Politik, und zwar ein unentbehrliches, und er blieb vom Anfang bis zum Ende Mittel der Politik. Das war bekanntlich in diesem Jahrhundert beileibe nicht immer so! Die dumme, von politischen und religiösen Eiferern hochgespielte Frage, ob dieser Krieg gerecht sei, ob es das überhaupt geben könne, ist für jeden Einsichtigen beantwortet. Das Verhalten des Iraks liess einem keine andere Wahl, und das galt bis zum Schluss. Die von den Amerikanern geführten Alliierten haben das Kriegsgeschehen und damit auch ihr eigenes Verhalten immer völlig unter Kontrolle gehabt. Die Kriegführung blieb den erklärten und legitimen politischen Zielen untergeordnet.

Dazu gehört, wie die Luftoffensive geführt wurde. Man darf sagen: so wie noch nie. Und damit ist zweierlei gemeint. Ich nehme das in vielen Berichten viel zu wenig Hervorgehobene vorweg. Nie zuvor, seit Luftfahrzeuge für Kampfzwecke verwendet werden, wollte und konnte man militärisch bedeutsame Ziele so präzise angreifen und so zivile Objekte in hoher Masse aussparen. Das ist die Folge technischen Fortschritts, der entgegen einer verbreiteten Auffassung nicht nur zu grösserer Zerstörungskraft führt, sondern zu entscheidend besserer Zielgenauigkeit. Hätte man auf alliierter Seite die «precision guided weapons» nicht gehabt und wäre man nicht fest entschlossen gewesen, die irakische Bevölkerung zu schonen, so wären die relevanten irakischen Städte dem Erdboden gleichgemacht worden.

Die zweite Bemerkung zur Luftoffensive betrifft ihre Intensität und Wirkung. Während mehr als 40 Tagen wurden bis zu 3000 Einsätze täglich geflogen. Die angesichts einer zahlenmässig ausserordentlich starken irakischen Fliegerabwehr erlittenen Flugzeugverluste – weniger als 0,1 Promille – sind einmalig niedrig. Zurückzuführen ist dieser unglaubliche Erfolg auf hervorragend ausgebildete Truppen – Piloten und Bodenpersonal beziehungsweise das Personal auf den Flugzeugträgern –, auf glänzende Planung und Führung und auf hervorragendes Material. Die Wirkung auf den irakischen Gegner mutet ebenso spektakulär an. Es ist das erste Mal, dass ein Krieg im wesentlichen durch die Luftwaffe entschieden wurde. Und das, es sei wiederholt, ohne dass das Land wie Deutschland 1945 in ein Trümmerfeld verwandelt worden wäre. Der schnelle Sieg am Boden ist darauf zurückzuführen, dass die irakischen Streitkräfte vor dem Beginn der Bodenoffensive ihre Handlungsfreiheit weitgehend eingebüsst hatten und moralisch erschüttert waren.

Die Landstreitkräfte der Alliierten haben mit ihren wenigen Tage dauernden Operationen eigentlich nur vollendet, was die wochenlangen Luftangriffe vorbereitet hatten. Ich schrieb am zweiten Tage der alliierten Luftoffensive in der bz: «Ist die irakische Luftverteidigung praktisch ausgeschaltet... und hat man die irakische Führung durch massive Beeinträchtigung ihrer Übermittlung wenigstens partiell gelähmt, so kann der Schlag am Boden folgen, der die Einkesselung und Über-

gabe der irakischen Truppen in Kuwait zum Ziele haben muss. Auch das, gerade diese Phase muss rasch ablaufen, was angesichts der Merkmale der irakischen Führung und der Truppe vor allem eines verlangt: Manövrieren, Ausnutzen von Luft und See zu Landungen hinter den gegnerischen Stellungen und Führen im Sinne Rommels und der Israeli» (bz, 18.01.1991). Wahrlich, die Alliierten haben am Boden operiert wie die besten Panzerkräfte der bisherigen Geschichte, die Rommels und Guderians, die Pattons und O'Connors, die der grossen sowjetischen Heerführer im Zweiten Weltkrieg und die der Israeli 1956, 1967 und 1973. Die irakischen Truppen in Kuwait und im Süden des Irak wurden in nur als brillant zu bezeichnenden, hervorragend abgestimmten Operationen umfasst, abgeschnitten, angegriffen und zerschlagen. Voraussetzung dieses vorbildlichen Erfolges war nicht nur die vorangegangene Luftoffensive, waren nicht nur tüchtige Führer und tüchtige Männer, sondern eine immense logistische Leistung. Ein riesiges Heer musste in unwirtlichem Gelände versammelt, trainiert, gepflegt, mit Treibstoff und unvorstellbaren Mengen an Munition versorgt werden. Das allerdings haben die Amerikaner schon immer beherrscht.

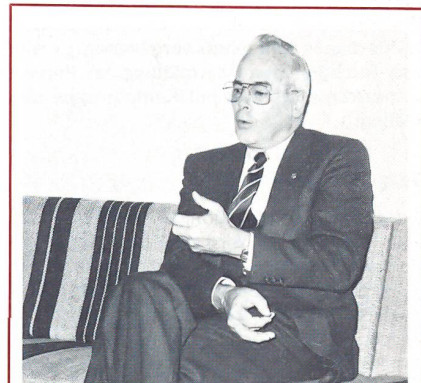
Allgemeine Lehren

Über die militärischen Lehren im engeren Sinn hinaus war dieser Krieg geeignet, elementare Wahrheiten in Erinnerung zu rufen. Der Krieg ist und bleibt in den Augen vieler Machthaber ein je nach Lage in Frage kommendes Mittel der Politik. Nur dort, wo er zum direkten Waffengang zwischen den zwei Supermächten und damit zur nuklearen Eskalation zu führen droht, scheidet er nach wohl allgemeiner Auffassung als Instrument der Politik aus.

Die Bereitschaft zum Krieg, «l'aventurisme militaire», ist am ehesten festzustellen, wo man es mit einer galoppierenden Demographie zu tun hat, wo der Anteil der Jungen an der Bevölkerung gross ist und rasch wächst und wo ernste Beschäftigungs- und soziale Probleme bestehen. Dies erzeugt bei den Regierenden oft eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Menschenopfern, die ein Krieg fordert. Eine Aussage des ägyptischen Generalstabschefs El Schazli während des Yom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 macht es deutlich. Von einem Interviewer auf die täglichen Verluste an der Front angesprochen, bemerkte der Ägypter achselzuckend, in Ägypten würden täglich soundsoviele Kinder geboren...

Wann waren die weissen Nationen bereit, aus nichtigem Anlass Krieg zu führen? Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als ihre Bevölkerung sich überdurchschnittlich rasch vermehrte. Wo war der Krieg nach 1945 während längerer Zeit gewissermassen endemisch? Im Nahen und Mittleren Osten und in Asien, wo man eine schnelle Bevölkerungsvermehrung erlebte und erlebt. Welches sind die eigentlichen Unruhegebiete innerhalb der heutigen Sowjetunion? Die südlichen mit nicht-slawischer, sich rasch vermehrender Bevölkerung. Das ist natürlich ein Grund mehr, der Aufrüstung solcher Räume, die in den letzten 30 Jahren dank dem Ost-West-Gegensatz und dem sowjetischen Bestreben, durch Waffenlieferungen und Militärexperten massgebenden Einfluss zu gewinnen, beängstigende Proportionen angenommen hat,

endlich einen Riegel zu schieben. Aber keine Illusionen! Den Krieg kann man auch mit primitiven Mitteln führen, wie gewisse nicht endende wollende namentlich Bürgerkriege beweisen. Und zudem gilt der Ausspruch von Gaston Bouthoul: «Rien n'égale l'atrocité du combat livré à l'arme blanche!»



Interview

Der Redaktor des KMV-Bulletins, Robert Messerli, stellte im Gespräch mit dem Generalstabschef (GSC) der Armee, KKdt Heinz Häslar, Fragen zur Sicherheitspolitik und zur «Armee 95». Wir veröffentlichen auszugsweise besonders aktuelle Teile aus diesem Gespräch, welches vor der Eröffnung der Kriegshandlungen am Golf stattfand. Ho

KMV-Bulletin: Es stellt sich die Frage, ob nicht vor Inangriffnahme einer Armee reform zuerst das Leitbild stehen müsste. Ohne Detailpläne kann ja auch kein Haus gebaut werden...

GSC: Der sicherheitspolitische Bericht gibt den strategischen Auftrag der Armee. Das Armeeleitbild selber soll Auskunft geben, wie dieser Auftrag zu lösen ist. Weil der strategische Auftrag die Armee nicht grundlegend ändert, tappen wir beim neuen Leitbild nicht im dunkeln. Sie sprechen aber die Reformen an. Diese haben an und für sich mit dem Leitbild, der Struktur und dem Einsatz der Armee nichts zu tun.

KMV-Bulletin: Sondern...?

GSC: Es geht um die Art und Weise, wie man diese Armee ausbildet, wie man mit den Leuten in der Armee umgeht. Die Art und Weise, wie man das zivile Leben – so gut als möglich – auf das «militärische Leben» abstimmt usw... Selbstverständlich bilden aber die «Armee 95» und die damit verbundenen Reformen ein Ganzes.

KMV-Bulletin: Trotzdem, ... besteht nicht die Gefahr, dass bereits jetzt zu vieles präjudiziert ist?

GSC: Nein, ich habe nicht den Eindruck. Die Rahmenbedingungen sind absolut klar. Wir müssen diese Armee verkleinern, an das anpassen, was nach wie vor nötig ist. Wir wollen versuchen, diese Armee flexibler zu machen; wobei ich hier eine Klammer öffne und sagen muss, dass auf der untersten Stufe nichts ändern wird. Es gibt, falls es zum Krieg käme, immer noch die gleichen Waffen. Grosse Waffenpotentiale sind noch vorhanden. Der moderne Kampf auf dem Gefechtsfeld hat sich nicht grundlegend verändert. Solange die gleichen Waffensysteme vorhanden sind, ändert auf der taktischen Stufe überhaupt nichts. Auf operativer Stufe kann es schon gewisse Verschiebungen geben. Ich denke da beispielsweise an die Luftbedrohung. Auf strategischer Stufe ist jedoch alles anders. Da ist gegenwärtig alles fließend. Man hört zuweilen die Ansicht, dass «uns das Feindbild abhanden gekommen sei». Das ist natürlich völlig sinnwidrig. Wir kämpfen nicht gegen ein Feindbild – das wollen uns gewisse Kreise fortwährend unterschieben –, sondern wir bereiten uns gegen einen möglichen, mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegner vor. Das ist das Wesentliche, und das hat nicht geändert.